

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar od. durch die Postanstalten 10 M. monatl. Einzelne Rm. 40 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anfüngungs-  
teile 4 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtl. Teile 8 M.,  
unter Eingeladn 10 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß  
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 10

Donnerstag, 12. Januar

1922

Dresden, 11. Januar.

## 2. Internationale Elbkonferenz.

Die 2. Internationale Elbkonferenz wird Ende Januar in Dresden zusammentreten, um die bereits begonnenen Beratungen über die Elbe-  
ette fortzusetzen.

## Die amerikanischen Besatzungs- truppen.

Nach einer Vorabmeldung aus Mainz wird die Zahl der amerikanischen Besatzungstruppen am 15. März d. J. 5217 Mann betragen.

## Einberufung des Auswärtigen Aus- schusses beauftragt.

(Eigene Meldung.)  
Die deutsche nationale Fraktion des Reichstages hat bei dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten beauftragt, den Ausschuss zum Zwecke der Herbeiführung einer Aus-  
kunft der Regierung über die Verhandlungen in Cannes sofort einzuberufen.

## Verfassungsausschuss des Reichs- wirtschaftsrates.

(Eigene Meldung.)  
Der Verfassungsausschuss des Reichswirtschaftsrates setzte in seiner gestrigen Sitzung seinen Re-  
beitsplan für die kommende Zeit fest. Bis zum 24. Januar sollen die Vorschläge der Gruppen und Abteilungen für die Gestaltung des Unter-  
baues der Bezirkswirtschaftsräte, insbesondere der bestehenden Berufsämtern eingereicht werden. Der Arbeitsausschuss des Verfassungsausschusses wird sich mit den eingereichten Vorschlägen am 28. Januar beschäftigen und versuchen, danach einen Plan für den Unterbau ausarbeiten. Bisher liegt nur ein Vorschlag von Arbeitnehmer-  
seite vor.

## Die Umorganisation der Eisenbahnen.

(Eigene Meldung.)  
Gestern vormittag ist im Reichsverkehrsmini-  
sterium der Organisationsausschuss unter dem Vor-  
sitz des Reichsverkehrsministers Groener zusamen-  
getreten, um die Gutachten hervorragender Sach-  
verständiger aus der Industrie zum Eisenbahn-  
finanzgesetz zu hören. Die Beratungen werden  
voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen.

## Berücksichtigung der Verhandlungen mit den Beamten.

(Eigene Meldung.)  
Die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanz-  
minister und den Vertretern der Beamtenorgani-  
sationen sind auf heute, Mittwoch, vormittag, ver-  
schoben worden, da der Reichsfinanzminister über  
die vorgestiegte Zusammenkunft der Finanzminister  
der Länder zunächst dem Kabinettsbericht er-  
halten wollte.

## Einberufung des preussischen Staatsrates.

(Eigene Meldung.)  
Der preussische Staatsrat ist zum 17. d. M.  
einberufen worden, um verschiedene kleine Ver-  
lagen und den neuen Etat zu begutachten. Der  
verfäktete Hauptauschuss wird vom Dienstag bis  
Sonabend den Etat vorberaten.

## Beratungen der Sowjetvertreter mit Kerenski.

London, 11. Januar. Der Berichterstatter  
der „Morningpost“ meldet: Es heißt, daß die Ber-  
atungen zwischen den Sowjetvertretern und  
den Gegnern der russischen Bolschewisten wieder  
aufgenommen werden sollen. Krassin ist in London  
bereits zweimal mit Kerenski und außerdem auch  
mit Sawlow zusammengekommen.

## Ein Jahr sächsischer Politik.

Jahresrückschau.

(Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten. Schlußwort.)

In der nunmehr abgeschlossenen Aussprache wurde, wie in der Einleitung angeführt worden war, ein Tätigkeitsbericht der einzelnen Mini-  
sterien für die Zeit vom Dezember 1920 bis zum  
Jahreschluß 1921 gegeben. Die Richtlinien für die  
durch das jetzige Kabinetts getriebene Arbeit  
wurden durch die am 14. Dezember 1920 von  
dem Ministerpräsidenten im Landtag abgegebene  
Regierungserklärung vorgezeichnet. In den Land-  
tagssitzungen vom 16. und 17. Dezember 1920  
waren diese Richtlinien eingehend besprochen  
worden. Auch die nunmehr veröffentlichten Tätig-  
keitsberichte sind bereits in einer Reihe von  
Zeitungen kritisch behandelt worden. Es ist selbst-  
verständlich, daß das Kabinetts nicht erwarten  
konnte, für seine Tätigkeit von allen Seiten An-  
erkennung zu finden, wurde doch selbst in den  
Reihen der den Ministern politisch Nahestehenden  
nicht ganz selten Unzufriedenheit über das Ge-  
schehene oder wegen des Nichtgeschicklichen zum  
Ausdruck gebracht. Sachliche Auseinandersetzungen  
aber tatsächliche oder vermeintliche Fehler und  
Mängel waren und sind immer erwünscht, denn  
sie können anregend und vorwärtstreibend oder  
korrigierend und wohlthätig hemmend wirken. Das  
Kabinetts stellt sich bei seinen Arbeiten mehr wie  
jeder Andere zu eingehender Prüfung und Be-  
urteilung aller in Betracht kommenden Momente  
verpflichtet, um die Wirkung gesetzgeberischer und  
verwaltungstechnischer Maßnahmen nach bestem  
Vermögen abzumessen. Aus diesen Gesicht-  
punkten möchte die Jahresrückschau betrachtet  
werden, die noch durch den Bericht über den  
Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten vervoll-  
ständigt werden soll.

Dem Ministerium der auswärtigen  
Angelegenheiten liegt es ob, neben dem Ver-  
kehr mit dem Ausland, der ihm nach der neuen  
Reichsverfassung noch gebühren ist, vor allem die  
sächsischen Landesinteressen beim Reiche und den  
Reichsbehörden zu vertreten und eine einheitliche  
Politik in solchen Fragen unter Ausdehnung  
einiger Meinungsverschiedenheiten der einzelnen  
Refforts herbeizuführen. Es hat die dadurch be-  
dingten zahlreichen Arbeiten, Besprechungen und  
Korrespondenzen auszuführen gehabt, die, soweit  
Reichsbehörden in Frage kommen, überwiegend  
durch die Gesandtschaft in Berlin weiter verfolgt  
werden.

Der Einfluß unserer Berliner Vertretung und ihre  
Beziehungen zu allen Reichs- und preussischen  
Behörden sind durch die sachgemäße Erledigung  
aller ihr zugeteilten Obliegenheiten anerkannt gut.  
An dieser Tatsache vermögen auch einzelne ab-  
fällige Beurteilungen in einigen Zeitungen, die  
der sächsischen Regierung und ihren leitenden Be-  
hörden Nachteiliges andichten, nichts zu ändern.  
Der Abgang unserer früheren Gesandten Dr. Koch,  
der wegen seiner Fähigkeiten und der allgemeinen  
Wätzung, die er genießt, vom Reichspräsidenten als Ge-  
sandter des Reichs nach Prag berufen wurde, ver-  
pflichtete die Regierung, einen geeigneten, mit  
den sächsischen Verhältnissen durchaus vertrauten  
Nachfolger zu bestimmen. Durch die Ernennung  
des früheren Reichsministers und sächsischen Mi-  
nisterpräsidenten Dr. Gradnauer zum Nachfolger  
Dr. Kochs ist die Gewähr gegeben, daß die säch-  
sischen Interessen im Reichsrat und an allen an-  
deren in Betracht kommenden Stellen durch die  
Gesandtschaft wie bisher gewahrt und gefördert  
werden. Die Übernahme der deutschen Gesand-  
tschaft in der Tschecho-Slowakei durch den Ge-  
sandten Dr. Koch aber, der durch seine frühere  
Tätigkeit im Dienste Sachsens mit unserem Lande  
eng verbunden ist, läßt Vorteile auch für Sachsen  
erhoffen, u. a. durch Festigung des freundschaft-  
lichen Verhältnisses zu unserem südlichen Nach-  
barn.

Die Geschäftsvertretung in München, deren  
Tätigkeitsgebiet sich außer auf Bayern noch über  
Württemberg, Baden und Hessen erstreckt, hat  
durch persönliche Beteilignahme mit leitenden po-  
litischen Persönlichkeiten und wirtschaftlichen Körper-  
schaften und durch Teilnahme an Besprechungen  
dortiger amtlicher Stellen wesentlich zur Wahrung  
und Förderung sächsischer Interessen im Ver-  
tretungsbereich beigetragen.

In den mitteldeutschen Staaten hat Sachsen  
keine Geschäftsvertretung. Um eine bessere  
Führung mit den Regierungen dieser Länder  
herbeizuführen, haben deshalb auf Anregung der  
braunschweigischen Regierung Besprechungen der  
Minister von Sachsen, Thüringen, Braunschweig  
und Anhalt stattgefunden, in denen die Regie-  
rungen der beteiligten Staaten gemeinsame An-  
gelegenheiten informativ besprochen und Erfah-  
rungen in Regierungs- und Verwaltungssachen  
ausgetauscht haben. Auch zu bevorstehenden ge-  
setzgeberischen Maßnahmen wurde anregend  
Stellung genommen, ohne durch Beschlüsse eine  
Bindung herbeizuführen. Der Erfolg solcher Be-  
sprechungen liegt in der Erweiterung des We-  
sbereichs, in der Übernahme bewährter Maßnahmen  
höheren, in der Unterlassung solcher, die sich anderwärts  
als unpraktisch erwiesen haben. Die gemeinsamen  
wirtschaftlichen Interessen benachbarter deutscher  
Länder bedingen einen öfteren Meinungsaustausch  
zwischen ihren leitenden Ministern auch, um auf  
eine gemeinsame Stellungnahme im Reichsrat  
hinzuwirken.

Konfularische Vertretungen hat Sachsen in  
München, Bremen, Hamburg, Frankfurt a. M.,  
Köln und Stuttgart.

Von deutschen Staaten sind jetzt in Sachsen  
die in Berlin residierenden Gesandten von Bayern,  
Baden und Württemberg akkreditiert. Die Preusi-  
sche Gesandtschaft in Dresden wird zurzeit von  
einem Geschäftsträger verwaltet. Generalkonsulate  
und Konsulate auswärtiger Staaten sind mit dem  
Sitz in Dresden, Leipzig oder Chemnitz insgesamt  
55 in Sachsen tätig, mit denen amtlich und auch  
persönlich in jeder Hinsicht gute Beziehungen ge-  
pflegt, und durch deren Wirksamkeit alle Ver-  
bindungen zwischen ihren Ländern und der säch-  
sischen Industrie- und Handelswelt gefördert oder  
neue angebahnt werden.

Bei einigen in Sachsen abgehaltenen wichtigen  
Veranstaltungen hatte im vergangenen Jahre der  
Ministerpräsident den sächsischen Staat zu ver-  
treten, so bei der Konferenz der deutschen Er-  
nährungsminister am 15. Januar 1921, der  
3. Tagung der Internationalen Elbkommision am  
24. Januar, der Generalversammlung des Deutschen  
Eisenbahnerverbandes, der Eröffnung der Deutschen  
Landwirtschaftlichen Ausstellung am 16. Juni und  
der anschließenden Tagung der Deutschen Land-  
wirtschaftlichen Gesellschaft. Aber auch verschiedene  
andere Veranstaltungen, wie der Deutsche Kultur-  
tag der Handwerker in Leipzig, die Eröffnung  
von Spezialausstellungen des Vereins National-  
Hygiene-Museum, die Herbstblumenstau usw. gaben  
der Regierung und besonders dem Ministerpräsi-  
denten Anlaß, sie im Namen des sächsischen Volkes  
und der sächsischen Regierung zu bewillkommen.  
Erwähnt seien auch die Empfänge des diplo-  
matischen Vertreters der Kurie und des für das  
neu errichtete Bistum Weihen ernannten Bischofs  
durch den Ministerpräsidenten.

Einladungen zu Tagungen, Versammlungen,  
Kongressen und Ähnlichem ergeben im übrigen an  
den Ministerpräsidenten und die Minister so zahl-  
reich, daß es in sehr vielen Fällen leider nicht  
möglich war, ihnen zu folgen.

Im Gesamtministerium traten 1921 durch  
den wegen Krankheit erfolgten Austritt des Wirt-  
schaftsministers Schwarz, die freiwilligen Rücktritte  
des Justizministers Dr. Hornisch und des Arbeits-  
ministers Jadel Änderungen ein. Der Minister-  
präsident berief am 1. Mai den Landtagsabgeord-  
neten Rebalter Hellisch zum Wirtschaftsminister,  
am 1. August den Landgerichtsrat Dr. Reigert zum  
Justizminister und am 31. Dezember den Reichs-  
tagsabgeordneten Arbeitersekretär Rapp zum  
Arbeitsminister. Daß diese Berufungen nach Rück-  
sprache mit den beiden sozialdemokratischen Ver-  
einigungsparteien erfolgt sind, ist unter dem par-  
lamentarischen Regierungssystem selbstverständlich.

Die Hauptaufgabe der dem Ministerpräsidenten  
unterstehenden Staatskanzlei ist es, neben der  
Bearbeitung aller Verfassungs-, Wahlrechts- und  
Parlamentsangelegenheiten händige enge Züh-  
lung mit den Ministerien zu halten,  
um durch vorbereitende und anregende Maß-  
(Fortsetzung Seite 2.)

## Reichsfinanzminister Dr. Hermes vor den Steuer- ausschüssen.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes hielt in der  
gestrigen ersten Sitzung der beiden vereinigten  
Steuerausschüsse eine Rede, in der er etwa das  
Folgende ausführte: „Die Ausschüsse des Reichs-  
tages haben nach Vertagung des Plenums die  
Beratung der Steuerentwürfe in erster Lesung  
vollendet. Aus den Verhandlungen und aus dem  
Gesichte, in dem sie geführt worden sind, glaube  
ich die Hoffnung schöpfen zu können, daß auch  
die weiteren Beratungen der Steuerentwürfe zu  
einem Ergebnis führen, das der Finanznot des  
Reiches die mögliche Abhilfe schafft. Die Reichs-  
regierung muß mit Rücksicht auf die ihnen be-  
kanntesten Verhältnisse den größten Wert darauf  
legen, daß die bereits betonte Notwendigkeit der  
Kürzung aller Steuerquellen bis auf äußerste  
Grenzen erfüllt wird. Die Wünsche der Reichs-  
regierung in dieser Hinsicht kann ich kurz wie  
folgt zusammenfassen: Die Zölle auf Kaffee, Tee  
und Kakao, deren Erhöhung in erster Lesung ab-  
gelehnt worden ist, müssen mindestens auf die  
vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagene Höhe ge-  
bracht werden. Bei der Tabaksteuer wird die  
Herabsetzung der Ermäßigung der Steuerhöhe für  
Zigaretten und für Feinschnitt von 20 auf höch-  
stens 10 Proz. notwendig sein. Bei der Bier-  
steuer wird die Steuerbegünstigung für Bier mit  
einem Stammwürzegehalt bis zu 9 Proz. be-  
seitigt werden. Ten Gemeinden wird daneben  
die Befugnis zur selbständigen Erhebung eines  
bestimmten Zuschlages einzuräumen sein. Die  
Zuckersteuer, die in erster Lesung auf den Satz  
von 50 M. für den Doppelzentner erhöht worden  
ist, muß auf den im Entwurf vorgeschlagenen Satz von  
100 M. für den Doppelzentner herabgesetzt werden.  
Bei der Kohlensteuer muß der größte Wert darauf  
gelegt werden, daß die vorgeschlagene Erhöhung  
auf 40 Proz. begünstigt wird, mit der Maßgabe,  
daß je nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse  
eine Ermäßigung oder Erhöhung dieses Satzes  
eintreten kann. Die Umsatzsteuer soll nach den  
Beschlüssen in erster Lesung nur auf 2 Proz. er-  
höht werden. Diese Steuer bildet wegen ihrer  
Ertragslosigkeit das Rückgrat der vorgeschlagenen Finanz-  
reform, und es muß deshalb aus finanziellen und  
auch aus sonstigen Gründen der größte Wert  
darauf gelegt werden, daß der im Entwurf vor-  
geschlagene Satz von 2½ Proz. auch tatsächlich  
Gehehertrost erlangt. Bezüglich der Zug-  
schiffstätten-Steuer wird zu erwägen sein, ob sie  
nicht so durchgeführt werden kann, daß unter Be-  
rücksichtigung des Vorschlages des Deutschen  
Städteverbandes ein Rahmengesetz im Sinne des Ent-  
wurfes geschaffen wird, innerhalb dessen die Ge-  
meinden für selbständige Regelung befugt erklärt  
werden. Bei den Vermögenssteuererträgen möchte  
ich die Änderung der Bewertungsrichtlinien der  
§§ 16 und 17 des Vermögenssteuer-Gesetzes  
besonders hervorheben. Der Tarif des Ver-  
mögenssteuerertrages ist mit Rücksicht auf die in-  
zwischen eingetretene Geldentwertung durch Aus-  
einanderziehung der Steuerstufen abgeschwächt  
worden. Auch bei der Vermögenszuwachssteuer  
halte ich die weitgehende Ermäßigung des Tarifes  
nicht für gangbar. Bei Berücksichtigung der ein-  
getretenen Geldentwertung würde es nach meiner  
Auffassung genügen, wenn für die erste Steuer-  
stufe dieses Tarifs an Stelle von 100 000 M.  
200 000 M. gesetzt werden. Bezüglich der Abgabe  
vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit  
möchte ich bitten, bei den Bewertungsrichtlinien  
(§§ 18 und 19) die Regierungsvorlage wieder  
herzustellen. Durch die Abstriche und Abschwä-  
chungen, die in erster Lesung an den Regierungsvor-  
lagen gemacht worden sind, entstehen folgende  
Ausfälle: Bei der Kohlensteuer 4 bis 5 Milliarden,  
bei der Zuckersteuer 0,5 Milliarden, bei der Bier-  
steuer 0,2 Milliarden, bei der Tabaksteuer 0,4 Mil-  
liarden, bei den Zöllen 1,5 Milliarden und bei  
der Umsatzsteuer 5 Milliarden, also insgesamt rund  
12 Milliarden.

Schon mit Rücksicht auf die finanzielle  
Wirkung halte ich dringend, meinen Anregungen  
folge geben zu wollen. Bei dieser Gelegenheit  
sage ich ein kurzes Wort über die Abänderung  
des Einkommensteuerertrages bei, da diese im Aus-  
lande zum Teil einer abfälligen Kritik unterzogen  
worden ist. Diese Kritik ist vollständig unent-  
-

Ein Jahr sächsischer Politik.

(Fortsetzung von Seite 1.)

(Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten. Schlusswort.)

Egl. Der ursprüngliche Tarif der Einkommensteuer...

Die Markteinkommen besitzen nur noch den 20. Teil ihrer Friedenskraft...

nahmen das notwendige organische Zusammenarbeiten der verschiedenen Ministerien...

Die Vorbereitung für die Auseinandersetzung über das Vermögen und die Ansprüche...

Durch die Staatskanzlei vollzieht sich der gesamte Geschäftsbereich der Regierung...

Nach jährlicher Pause ist im Berichtsjahr zum ersten Male wieder das Staatshandbuch...

verlässig Auskunft über die Organisation der Behörden...

Einige Ziffern mögen die enge Fühlung erläutern, die zwischen der Regierung...

Derwogehoben sei ferner die Neuregelung des amtlichen Bekanntmachungsblattwesens...

Zahlreiche neue Aufgaben sind von den verschiedenen Ministerien bereits in Angriff genommen...

Gestern nachmittag fand auch eine Pressebesprechung statt, in der die Ansicht der beteiligten Ressorts...

Wie das „Berliner Tageblatt“ aus parlamentarischen Kreisen hört, nimmt man an, daß gleich nach der Rückkehr der deutschen Delegation...

Eine Glosse-Meldung aus Cannes glaubt folgende Angaben über die Absichten der deutschen Delegierten machen zu können...

Zu Gegenstand dazu steht eine Berliner Meldung des „Zeitungsverkehrs“, dessen Gewährsmann behauptet, die Delegation habe den Auftrag...

Das Reparationsproblem.

Die deutsche Abordnung für Cannes ist gestern Vormittag in Paris angekommen...

„Intransigent“ aus Cannes soll die erste Verhandlung mit der deutschen Delegation vor dem Obersten Räte heute nachmittag 2 Uhr stattfinden.

Das Reichskabinett beschloß gestern nachmittag um fünf Uhr mit dem Stand der Reparationsfrage...

werden sollen. Über die Absichten Dr. Rathenau und die ihm erteilten Vollmachten ist eine genaue Auskunft von der Regierung...

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 11. Januar.

Telepathie.

Von Dr. Georg Streibler.

(Fortsetzung und Schluß.)

In letzter Zeit haben ja genaue Beobachtungen einwandfrei festgestellt, daß s. B. das menschliche Auge Elektrizität ausstrahlt...

gehend von einem Individuum zum anderen die betreffende Vorstellung überträgt.

Demgegenüber wollen wir festlegen, daß jeder Mensch elektrische Wellen ausstrahlt (es betrifft ein Grenzgebiet von Telepathie und Hellsehen)...

und Strafgesetze von der menschlichen Gesellschaft diktiert.

Wenn nun die Okkultisten als ernste Wissenschaftler angesehen werden wollen, so hätten sie nicht so sehr die naturwissenschaftlichen Erkenntnistheorien zu bekämpfen...

Königlicher Schauspielerhaus.

(„Danneles Himmelfahrt“ von Gerhart Hauptmann.) Es war ein guter künstlerischer Gedanke...

wurde von den Russen des Kaiserlichen Schauspielhauses unter der Leitung seines Kapellmeisters Karl Sommer stimmungsvoll wieder gegeben.

Sächsischer Altersverein. Die erste Sitzung im neuen Jahre am Montag, den 9. Januar, eröffnete der erste Vorsitzende Geh. Reg.-Rat Dr. Ermisch...

deutschen Unternehmer für die künftigen Naturalleistungen zu bezahlen, sei eine Unterbrechung in der Ausgabe neuer Banknoten unmöglich.

Der frühere Direktor des Nationalen Kohlenbureaus, Wer, und der Direktor der Kohlengrube Kron wurden von Douchet nach Cannes berufen, um während der Verhandlungen über die Kohlenpreise als Sachverständige zu dienen.

### Zur Frage des Brotpreises.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: In der letzten Zeit sind wiederholt Nachrichten über eine Erhöhung des Brotpreises verbreitet worden. Sie entbehren insofern nicht der Grundlage, als die Reichsregierung, wie man weiß, nicht in der Lage ist, auch im Jahre 1932 Zuschüsse zur Verbilligung des Brotgetreides zu leisten, die sie bisher in Höhe von 7 bis 8 Milliarden gemacht hat. In den Haushalts für 1932 sind dementsprechend Zuschüsse zur Verbilligung von Brotgetreide nicht mehr eingeplant worden. Aber dies hat der ungünstige Stand der Valuta zur Folge, daß die von der Reichsregierung bisher schon gezahlten Zuschüsse nicht mehr ansteigen, die Verbilligung in dem bisher vorgesehenen Maße durchzuführen. Es wird also mit einer beträchtlichen Erhöhung des Brotpreises in absehbarer Zeit gerechnet werden müssen. Soweit uns bekannt ist, soll der Abbau der Brotzuschüsse in Stufen erfolgen. Die Einzelheiten sind aber noch nicht endgültig festgestellt worden. Infolgedessen läßt sich noch nicht übersehen, in welchem Ausmaße sich die kommende Brotpreiserhöhung bewegen wird. Sie dürfte aber jedenfalls ziemlich beträchtlich werden.

### Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund zur Lage.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund vertritt durch eine Korrespondenz ein Schreiben, in dem es heißt: Die Eingehung der Vermögenssteuer und des Reichsmotopfers läßt auf sich warten. Von der Kreditaktion der Industrie und der Bezahlung der Landwirtschaft hört man seit dem Beschluß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates auch nur wenig. Die Erfassung der Sachwerte scheint ganz begraben werden zu sollen. Nur die Regelung der Lohn- und Gehaltsabzüge geht prompt voran. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ist nicht willens, sich mit diesem Zustand der Lohnverteilung abzufinden und hat deshalb gemeinsam mit den Vorständen der beiden sozialdemokratischen Parteien beschlossen, in der Steuer- und Reparationsfrage mit hartem Nachdruck vorzugehen. Sie haben ferner zur besonderen Bearbeitung der Frage der Erfassung der Sachwerte einen gemeinsamen Ausschuss eingesetzt, der seine Arbeiten unmittelbar nach dem Parteitag der ADGB aufnehmen wird.

### Die Krise im Kommunismus.

Nach dem „Vorwärts“ hat die Bezirksorganisation Hamburg der K.P.D. der kommunistischen Parteizentrale die Fehde angefangen. Eine Funktionärerversammlung verlangte den sofortigen Austritt der Zentrale und die Einberufung eines außerordentlichen Parteitag zur Festlegung der inneren Parteiverhältnisse. Weiter fordereten die Funktionäre, daß der von der Parteizentrale missbilligte Artikel der kommunistischen Tagesblätter „Freiheit“ veröffentlicht werde. Gleichzeitig wurde das Vorgehen der Opposition gegen die Zentrale als berechtigt anerkannt.

### Der beanstandete Schulunterricht im besetzten Gebiet.

(Eigene Meldung.)

Die Meinung der französischen Presse über Absichten der Rheinlandkommission zwecks Beaufichtigung des deutschen Schulunterrichts im besetzten Gebiete beschäftigt sich. Die Kommission hat den Reichskommissar für die besetzten Gebiete unterrichtet, daß sie im Einvernehmen mit ihm einen Untersuchungsentscheid einsehen werde, der den Unterricht nachprüfen soll. Die Begründung dieser Maßnahme besagt, daß die Unterrichtsleitung der Weimarer Verfassung widerspreche und den Frieden im besetzten Gebiete bedrohe. Die eigentliche Ursache soll jedoch nach allerdings noch nicht bestätigten Meldungen die Verteilung der deutschen Gegenstände der Kriegsverbrecher durch einen Wiesbadener Lehrer vor versammelter Klasse sein.

### Eine Rede des Reichspostministers Giesberts in München.

(Eigene Meldung.)

Der gegenwärtig in München weilende Reichspostminister Giesberts hielt vor den bayerischen Ministern und Staatssekretären eine Rede, in der er betonte, daß die Zentralregierung psychologische Verständnis für die Stammeseigentümlichkeiten der Länder haben müsse. Wenn keine neuen Befehlsbefugnisse kommen, hoffe er, in diesem Jahre den Etat der Post balancieren zu können. Der Minister verwies auf den wieder erstarkten Arbeitswillen. Die Lebenshaltung des Volkes werde sich zwar weiter verschlechtern, doch bestrebe zu übertriebenem Pessimismus kein Anlaß.

### Saargebiet.

Ein Mitglied der saarländischen Abordnung in Genf, Valentin Schäfer, Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei des Saargebietes, hat gestern dem Sonderberichterstatter des BZB im Namen der Abordnung folgende Erklärung abgegeben: Unsere Abordnung ist von den großen politischen Parteien des Saargebietes, außerdem von sämtlichen Kreisräten und der Stadtverordnetenversammlung von Saarbrücken ernannt worden, d. h. sie ist als gewählte Volksvertretung des Saargebietes beim Völkerbunde anerkannt und beauftragt, die Wünsche und Beschwerden der saarländischen Bevölkerung in Genf vorzubringen. Uns hat das Vertrauen zum Völkerbunde hierhergeführt und der Wunsch, daß seine Grundzüge in vollem Umfang im Saargebiete verwirklicht, daß vor allem aber die von der Regierungskommission verletzten Bestimmungen des Friedensvertrages geachtet werden. So verlangen wir in erster Linie die Entfernung der vertragswidrig fortdauernden Besetzung des Saargebietes durch das französische Militär und Achtung vor den bestehenden Gesetzen, vor den wirtschaftlichen Lebensbedingungen, vor unserer Muttersprache sowie vor dem Rechte der freien Meinungsäußerung. Vor allem erwarten wir, daß gerade er Verständnis für unsere Forderung nach einer demokratischen Regierungsform und nach einer allgemein gewählten einheitlichen demokratischen Volksvertretung haben wird. Wie bescheiden wir

sind, sieht man daraus, daß wir uns nicht gegen die Regierungskommission auflehnen, sondern nur ein Mitspracherecht an der Ernennung eines einzigen Mitgliedes der Regierungskommission, nämlich eines saarländischen Mitgliedes, und von unserer Regierung selbst die Kenntnis unserer Muttersprache fordern. Gibt es in Europa noch ein einziges anderes Volk, das solche Wünsche überhaupt zu äußern braucht?

### Kleine Nachrichten.

Berlin, 11. Januar. Reichsminister a. D. Scholz, der bisherige Vorsitzende des Landesverbandes der höheren Beamten Preußens, hat den Vorsitz im Reichsbund der höheren Beamten übernommen. Der Reichsbund, dessen Vorsitzende, wie gemeldet wurde, bei den schwebenden Befehlungsverhandlungen eine besondere Rolle spielen, umfagt noch seinerseits abgeklärte Reorganisation mit etwa 100 000 Mitgliedern die gesamte obere Beamtenschaft Deutschlands.

In verschiedenen Blättern war die Nachricht verbreitet worden, daß die Regierung gegen die am Streik beteiligten Eisenbahner mit Maßregeln vorgehen werde. Wie hierzu seitens des Reichsverkehrsministeriums mitgeteilt wird, sind lediglich die am Streik beteiligten Eisenbahner, die sich Sabotageakte hatten zuschulden kommen lassen, der Staatsanwaltschaft angezeigt worden. Maßregeln gegen welche Art sind nicht erfolgt.

Die preussische Staatsregierung hat sämtliche Regierungspräsidenten angewiesen, überall die Veranstaltung öffentlicher farnevalistischer Umzüge und derselben unter freiem Himmel, öffentlicher farnevalistischer Aufmärschen, Vorzüge und Langlaufparaden in geschlossenen Kolonnen, bei öffentlichen Versammlungen, das Tragen farnevalistischer Verkleidungen und Abzeichen, das Singen, Spielen und Vortragen farnevalistischer Lieder und Gedichte, das Bersten von Luftballons, Konfetti usw. zu verbieten. Gleichzeitig hat die preussische Regierung auch die übrigen Landesregierungen gebeten, für ihre Gebiete eine entsprechende Regelung zu treffen. Von diesem Verbot sollen zunächst nur Veranstaltungen betroffen werden, die zweifelsfrei öffentlich sind, und nicht Versammlungen geschlossener Gesellschaften. So sollen Kostümfeste, beispielsweise die sogenannten Alpenbälle durch das erwähnte Verbot nicht betroffen werden.

Sonnenburg, 11. Januar. Bei der Überführung von fünf kommunistischen Gefangenen aus der Strafanstalt Lichtenburg nach Sonnenburg, die erfolgte, um sie dem Einfluß des den Hungerstreik inszenierenden Dichters und Lyrikers Grünberg zu entziehen, verlangten die Gefangenen in einer Reihe untergebrachter zu werden und mühten sich schließlich durch Ausschlag mit Gewalt auseinandergebracht zu werden. Auf die Klage über Mißhandlungen durch die Ausschlag fuhr Justizrat Brod nach Sonnenburg, konnte jedoch nur Schrammen im Gesicht eines Gefangenen feststellen. Rummel sind 400 Gefangene in den Arbeitsstreik getreten und erlärten solange jede Arbeit zu verweigern, bis der an den angeblichen Mißhandlungen am meisten beteiligte Hauptwachmeister Schulz aus dem Dienst entfernt sei. Nach einer von Staatsanwalt Böhm im Auftrag des Generalstaatsanwaltes vorgenommenen Untersuchung der Angelegenheit hat gestern ein Teil der Gefangenen die Arbeit wieder aufgenommen.

Böckum, 11. Januar. Der Zentrumsabgeordnete des Preussischen Landtages und Ehrenvorsitzende des katholischen Lehrerverbandes Deutschlands Schulz Kamp ist hier gestorben.

Danzig, 11. Januar. In der ehemaligen Kaserne des preussischen zweiten Jägerbataillons in Culm wurde von den Polen ein Kadettenkorps eingerichtet. Das Kadettenkorps untersteht der beim polnischen Kriegsministerium befindlichen Inspektion für militärische Jugendausbildung und ist in der Hauptsache zur Heranbildung von Offizieren bestimmt, die für die Truppenteile in den ehemals preussischen Gebieten verwendet werden sollen.

Koblenz, 11. Januar. Die interalliierte Rheinlandskommission hat dem Reichskommissar mitgeteilt, daß von heute ab keine Zahlungen zugunsten des Zollkomitees mehr erfolgen dürfen. Alle Beträge, die nach dem 10. d. M. noch dem Zollkomitee zuzuführen seien, werden an die deutschen Zollstellen zu leisten. Die Delegierten des Zollkomitees bei den Landesfinanzämtern und Hauptzollämtern haben entsprechende Anweisung erhalten.

Karlruhe, 11. Januar. In den ersten Tagen des Jahres soll der Bruder der ehemaligen Kaiserin Zita der bekannte Prinz Sixtus von Parma, infognito in Colmar gewinkt haben. Er wohnte in der Villa eines Industriellen und hatte während seiner Anwesenheit in Colmar eine Zusammenkunft mit dem Straßburger kommandierenden General

# Regina-Palast

Waisenhausstrasse 22

## 5-Uhr-Tee

Abend-Konzert

Kapellmeister Heinz Putsche mit 12 Künstlern

.....

### Restaurant ersten Ranges

8597

denkmäler der Kurfürsten Friedrich des Weissen (nach einem Entwurf Lucas Cranachs) und Johannes des Beständigen. Daß auch in der sächsischen Bühnenkunst Nürnberger Einfluß stark war, zeigt die Tulpenkugel im Freiburger Dom, und in der Tafelmalerei herrschte geradezu die Nürnberger Kunstfertigkeit. Ein Drittel aller heute noch in Sachsen vorhandenen Altäre aus jener Zeit zeigen den Einfluß der Wohlgenüthigen „Exportfirma“, von der auch der Hochaltar der Bräunerei Marienkirche stammt. Der Freundschafft Friedrich des Weissen mit Albrecht Dürer sind eine ganze Reihe der besten Werke des großen Meisters zu verdanken; neben dem sogenannten Dresdner Altar eine Anbetung der Könige (1504) und das Martyrium der 10 000 Ritter (1508/09), heute in Florenz und Wien. Auch das bekannte lebenswahre Porträt des alten Friedrich des Weissen, ein Kupferstich von 1524, ist von Dürer. Neben den genannten Künstlern lieferten aber auch die anderen Nürnberger Kunstzweige und Kunstgewerbe wie Architektur, Goldschmiedekunst, Orgelbau, Plattnerlei u. a. m. Schöpfungen nach Sachsen. Mit einer Reihe von Lichtbildern schloß der Vortragende seine Ausführungen, die in ihren Ergebnissen vielfach kunstgeschichtlich Neues boten. Aufmerksam an den Vortrag wies Hr. Leherer Werker auf die neuerdings scharfer durchgeführte Verordnung des Gesamtministeriums über die Beteiligung aller Hochschüler der Monarchie hin, wozu sich der Landesverein Sächsischer Heimatschutz in einer beachtenswerten Eingabe gewendet habe. Er regte an, daß auch der Sächsische Altertumsverein zu dieser für die Pflege der geschichtlichen Vergangenheit unter sächsischen Vaterlandes wichtigen Angelegenheit Stellung nehme. Der erste Vorsitzende bemerkte, daß der Vorstand der Sache nächstteten und das Weitere vorbereiten werde. Dr. R. R. Albert Kluge Nachfolger. Der Dresdner Orpheus hat in seiner geistigen Hauptversammlung den festwertenden Chorleiter des Staatsoper Dr. Heinz Knöll zum Chormeister und musikalischen Leiter des Vereins als Nachfolger

von Prof. Albert Kluge gewählt, dessen Abschiedskonzert Donnerstag, den 26. Januar, im Gewerkschaftshaus stattfinden wird.

Wissenschaft und Technik. Als der Erfinder der schmerzlosen Operationsmethode wurde bisher in der wissenschaftlichen Literatur der englische Zahnarzt Morton gefeiert und das Jahr 1846 als der Zeitpunkt angegeben, an dem zum erstenmal an einem Menschen mit Erfolg ein schmerzloser chirurgischer Eingriff unter Benutzung des noch heute üblichen Äther-Karbofenchlors durchgeführt wurde. Wie Dr. Adolf Koelisch in „Reclams Universalium“ ausführt, ist aber Morton zu Unrecht der Ruhm des Entdeckers der Karlofenbelegung worden; das Verdienst, den Kranken durch Vorbehandlung mit betäubenden Dämpfen gegen alle operativen Schmerzen gesichert zu haben, gebührt seinem Kollegen Horace Wells. Wells, der in Hartford geboren war, praktizierte dort seit seinem 21. Lebensjahre als Zahnarzt, und zwar kam er im Jahre 1844 durch eine ganz heilsame Beobachtung zur Entdeckung des Karlofenchloroform. Er war am Abend des 10. Dezember mit seiner Frau zu einem Vortrag des Chemikers Colton geladen. Dieser bot, um die Giftigkeit des Ätherchloroform zu zeigen, einige Personen, darunter auch Wells, auf die Bühne, und ließ sie das Gas einatmen. Nach kurzer Zeit schon geriet einer der Herren namens Cooley in einen außerordentlichen Erregungszustand, stürzte zu Boden, schlug um sich und verletzte sich an einem Bein, wobei er aus mehreren Wunden blutete. Als Cooley wieder zu sich gekommen war, fragte ihn Wells, ob er während des Anfalles Schmerzen verspürt habe. Der andere verneinte dies, und bemerkte erst jetzt, daß er mehrfach verliert war. Wells zog nun hieraus den Schluß, daß die Schmerzempfindlichkeit des Körpers durch das Ätherchloroform ausgeschaltet sei und ließ sich daraufhin am nächsten Tage nach vorheriger Einatmung des Gases einen Zahn ziehen, um die Richtigkeit seiner Annahme an

sich selbst zu erproben. Tatsächlich verursachte ihm die sonst doch recht unangenehme Operation des Zahnziehens „nicht mehr Schmerz als ein Raubstich“. Als er 1846 nach Boston überfährte, führte er der dortigen medizinischen Fakultät seine Entdeckung vor. Da er aber einen sehr hartnäckigen Patienten hatte, so genigte die angewandte Stoffmenge nicht zur Betäubung und der Versuch mißlang. Wells hatte damals einen Mitarbeiter in dem Zahnarzt Morton, der sich ebenfalls für die Veruche interessierte und von einem befreundeten Chemiker erfuhr, daß Ätherdämpfe wohl besser wirken würden als Ätherchloroform. Er führte daher ohne Wissen von Wells die nächste Zahnoperation unter Anwendung der Äthernarkose aus und hatte vollständigen Erfolg. Er kam nun rasch zu Ruhm und Reichum, während Wells, der die Idee der Karlofenbelegung hatte, unbedeutend in den Hintergrund gedrängt wurde.

Wie wir zuverlässig erfahren, soll Geheimrat Prof. Dr. Kern-Berlin zum Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Aussicht genommen sein. Diese Stelle ist durch den Austritt des Geh. Rats Prof. Dr. Emil Warburg freigeworden.

Aus Weimar wird gemeldet: Für soll eine Hochschule für Technik und Wirtschaft mit allen Rechten einer Universität und mit dem Promotionsrechte gegründet und noch in diesem Jahre eröffnet werden.

Aus München wird geschrieben: Im Laufe dieses Jahres werden noch die beiden Versteigerungen, Sendung und Pasing, den automatischen Telefonbetrieb erhalten. Dann wird das Fernsprechnetz vollständig automatisiert und München die erste Stadt Deutschlands sein, die vollständig automatischen Telefonverkehr besitzt. Der Münchener automatische Fernsprechnetz ist aber auch der größte seiner Art, etwa 70 000 Rufnummern sind dem jetzigen System angeschlossen.

In Uppsala ist Dr. Harald Hjärne, Professor an der Universität Uppsala und Mitglied der schwedischen Akademie, im 74. Lebensjahre gestorben. Nachdem Hjärne sich im Jahre 1872 in Uppsala als Dozent der Geschichte habilitiert hatte, erhielt er später an der gleichen Universität die ordentliche Professur. Nach deutschem Vorbild richtete er dort ein historisches Seminar ein und entfaltete eine rege Betätigtigkeit. In deutscher Sprache sind von seinen Arbeiten erschienen: „Wasa und Hohenzollern“, Stockholm 1913, und „Gustaf Adolf, der Meiler des Protestantismus“.

Theater und Film. Den Mitgliedern der Breslauer Oper mußte vor kurzem gekündigt werden, da die Stadt keine weiteren Mittel zur Verfügung stellen konnte. Das Kultusministerium hatte eine Unterstützung abgelehnt. Nunmehr scheint es ersichtlich, daß der Standpunkt geändert zu haben, da es zwei Beamte nach Breslau geschickt hat, um Maßnahmen zur Erhaltung des wichtigen städtischen Kulturfaktors zu treffen.

Die vom Bühnenverein und der Bühnengenossenschaft einberufene Konferenz zur Regelung der Deutschen Bühnensprache tagte am 4. und 5. Januar in Berlin. Es war die einstimmige Ansicht aller Teilnehmer, daß grundsätzlich eine Gleichmäßigkeit der Aussprache an allen Bühnen eine künstlerische Notwendigkeit sei. Es wurde einstimmig beschlossen, den Bühnenverein zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Vereinigung der „Deutschen Bühnensprache“ an allen Theatern auflege und daß den einzelnen Bestimmungen Geltung verschafft werde. Von wesentlicher Bedeutung ist die Zustimmung des anwesenden Vertreter des preussischen Ministeriums für Kunst und Unterricht, daß bei dem in Vorbereitung befindlichen Entwurf der neuen Bühnensprache in der sächsischen Sprache der Mundarten als die der deutschen Hochsprache vorgezogen ist, das Buch als Grundlage dienen soll.

Frankel d'Esperey, der zufällig aus Aulus von Truppenbeschäftigungen in Colmar weilt.

München, 11. Januar. Die beiden Staatspräsidenten Dr. Gießer und Dr. Hummel sind gestern abend gegen 11 Uhr hier eingetroffen.

In Wiesbad (Oberbayern) sind nach umfassenden Erhebungen der Münchener Polizeidirektion fünf Rotgardisten verhaftet worden, die im April 1919 während der Münchener Räterepublik den von einem Revolutionstribunal widerrechtlich zum Tode verurteilten Rotgardisten Lauer erschossen hatten. Wegen der jezt Verhafteten wird am 20. Januar vor dem Volksgericht München wegen Mordes verhandelt werden. An der Entscheidung waren neun Personen beteiligt, zwei von ihnen sind inzwischen gestorben, zwei weitere noch flüchtig.

Dresden, 11. Januar.

### Die Konferenz in Cannes.

Die Vorschläge, die hinsichtlich der Zahlungsverbindlichkeiten Deutschlands im Jahre 1922 gemacht worden sind, weichen von einander ganz wesentlich ab. Erst ließ es, 500 Mill. Goldmark seien von Deutschland zu zahlen, dann 700 Millionen. Schließlich scheint man sich auf einen Zahlungsplan festgelegt zu haben, der sich für die deutsche Steuerkraft als eine schwere Belastungsprobe erweisen wird. Wie wir bereits gemeldet haben, soll Deutschland im Jahre 1922 720 Mill. Goldmark zahlen, von denen Belgien 580 und Frankreich 110 Millionen erhalten würden. England würde auf seinen Anteil verzichten. Außerdem soll Frankreich Sachleistungen für die Summe erhalten, die durch Gewährung des Moratoriums in Fortfall kommt. Die anfangs zwischen Frankreich und Belgien bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der Frankreich zu zahlenden Summe und die Gutachten des Wertes der Saargruben auf Frankreich, mit 300 Mill. Goldmark, wurden durch Vermittlung Loucheurs beigelegt. Nach einer Unterredung Loucheurs mit Briand wurde Witterand telefonisch um Rat gefragt, und danach erklärte sich Frankreich mit der Zahlung von 140 Mill. Goldmark einverstanden, falls die Saargruben nicht in Anrechnung gebracht würden. Es wird angenommen, daß Belgien diesem Kompromiß auch zustimmen wird. Italien soll die auf der Banca d'Italia liegenden 170 Mill. Lire, die als deutsches Eigentum seiner Zeit der Entente gutgeschrieben wurden, behalten dürfen. Ob dieser Verteilungsplan wirklich die letzte Lösung der Zahlungsfrage darstellt, muß einem zweifelhaft erscheinen, wenn man hört, daß in den Kreisen der Konferenz ein Gerücht umgeht, daß der Ministerrat in Paris die Regelung der Reparationsfrage nicht in derselben Weise wie die französische Delegation in Cannes aufsehe. Wenn diese Nachricht sich bestätigt, muß der Oberste Rat vielleicht zu einer neuen Prüfung gewisser Fragen schreiten, die bereits zum Abschluß gelangt zu sein scheinen. Nach ein anderes Gerücht ist in Cannes aufgetaucht, dem zufolge England verlangt habe, daß der deutsche Forderung, die weitere Befreiung der drei Ruhrstädte aufzuheben, nachgegeben werden soll. Frankreich soll sich bereit erklärt haben, nach Abschluß des Abkommens mit Deutschland die Befreiung der Ruhrstädte aufzuheben. Dieses für uns günstige Gerücht weicht allzusehr von den von Deutschland gemachten Erfahrungen ab, als daß man seine Befähigung zu erschöpfen wagt. Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet aus Cannes: Die Sitzung der Finanzminister sei äußerst lebhaft gewesen. Eine lange Ansprache sei wegen des britischen Vorschlags entfallen, die Reparationskommission von Paris nach Berlin zu verlegen und den Garantieschluß abzuschaffen. Die Franzosen wollten diesen in Berlin haben und den Reparationsausschuß in Paris behalten. Die Engländer schlugen vor, der Vorsitzende solle einer anderen als der französischen Nation angehören, worauf Doumer in einer ziemlich unglücklichen Rede durchblicken ließ, ein britischer Vorsitzender dürfte es an Festigkeit fehlen lassen und Deutschland gegenüber unangebrachte Milde zeigen. Da die britischen Delegierten über diese Erklärung verärgert waren, versuchten Doumer und seine Dolmetscher diese taktlose Äußerung als nicht getan zu erklären. Die Atmosphäre schein aber mit Heftigkeit geladen zu sein.

Der englisch-französische Schutzvertrag. Über die Verhandlungen in Cannes über ein englisch-französisches Abkommen meldet der Sonderberichterstatter der „Daily Mail“: Frankreich und England seien übereingekommen, Versicherungen über ihren gegenseitigen Schutz zur See und zu Lande für den Fall eines Angriffes auf die beiden Länder auszuhandeln. Lloyd George glaubt jedoch nicht, daß sich der Plan gegen irgendeine Macht richte. Er wolle dem Rheinlande eine neutrale Stellung verleihen, wie sie in Washington der Stelle Ocean erhalten habe. Um dies zu erreichen, wünsche er, alle an der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa interessierten Mächte einzuschließen. Bonomi habe den Wunsch Italiens nach Einschluß in dieses Abkommen zum Ausdruck gebracht. Auch Belgien erhebe keinerlei Einwendungen gegen ein internationales Abkommen dieser Art, selbst wenn es die Räumung besetzter Gebiete umfasse. Der Wille der Franzosen gehe jedoch dahin, Deutschland nur in das Abkommen einzuschließen, wenn sich die deutsche Regierung bereit zeigt habe, ihre Schulden zu bezahlen. Wegen den geplanten Schutzvertrag wendet sich

der Vize-General Casselmann in einem kurzen Aufsatz im „Echo de Paris“, in dem er schreibt: Die französische Politik verlange die Aufrechterhaltung der Rheinlinie bis zu jenem Tage, an dem Deutschland auf seine Hoffnungen und Revanchegedanken vollkommen verzichtet habe. Könne man gegen den alldeutschen Vorstoß und gegen den bewaffneten Widerstand von morgen den von jenseits des Kanals angebotenen Beistand für genügend halten? Am Tage nach dem Kriege habe England auf seine alte Heeresform, auf ein schwaches Berufsheer zurückgegriffen. In diesem Stadium befinde sich die englische Kriegsvorbereitung zu Lande. Sei das genügend für die Sicherheit Frankreichs? Der General Casselmann scheint nicht allein zu stehen mit seiner Stellungnahme gegen das geplante Bündnis.

Wie in der Frage der Reparationszahlungen so ist also auch in der Frage des Bündnisvertrages noch keine vollkommene Klarheit geschaffen. Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet aus Cannes: Es werde möglicherweise einige Zeit dauern, bevor der Garantievertrag endgültig zustande komme. Denn Lloyd George habe Briand auseinandergesetzt, daß er nicht nur die Ansichten der englischen öffentlichen Meinung und des britischen Parlaments in Betracht ziehen müsse, sondern auch die der Dominions. Der Berichterstatter des „Petit Parisien“, Millet, berichtet aus Cannes über den englisch-französischen Bündnisvertrag, es komme in erster Linie ein Projekt in Frage, das Frankreich bei Angriffen Englands Unterstützung mit allen Streitkräften zu Wasser, zu Lande und in der Luft zusichert. Falls die Paragraphen 42 und 43 des Versailler Vertrages verletzt würden, hätten beide Regierungen gemeinsam für die Respektierung des Vertrages zu sorgen. Das Verhältnis zwischen beiden Ländern soll eine freundschaftliche Regelung aller schwebenden Schwierigkeiten herbeiführen. Das von der englischen Regierung gestellte überreichte Memorandum behandelte in erster Linie die Tauglichkeit der englischen und die Frage des nahen Orients. Die englische Regierung hofft, daß eine Abereinbarung in allen maritimen Fragen herbeigeführt werden könne, macht aber gleichzeitig die Unterzeichnung des englisch-französischen Abkommens von der Regelung der U-Bootfrage nicht abhängig.

Die geplante Wirtschaftskonferenz. Der Sonderberichterstatter von Havas in Cannes meldet: Der interalliierte Ausschuß, der die Bedingungen festsetzen soll, unter denen die Konferenz in Genua zusammenzutreten wird, hat unter dem Vorhange Loucheurs seine erste Sitzung abgehalten. Er hat den Text der Einladungen fertiggestellt, die an die verschiedenen Mächte gerichtet werden sollen. Eine besondere Mitteilung wird an die Sowjetregierung ergehen, deren Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Verpflichtungen hingelenkt werden soll, die der Oberste Rat von ihr verlangt. Der Ausschuß hat ferner das Programm der Arbeiten der Konferenz von Genua aufgestellt, das ausschließlich ökonomische und finanzielle Fragen umfaßt. An der Spitze der Tagesordnung stehen die Annahme der in der Entschließung des Obersten Rates vom 6. d. M. aufgeführten Bedingungen. Der Oberste Rat wird die verschiedenen Vorschläge des Ausschusses zu ratifizieren haben. Er wird endlich noch die Aufgabe haben, die Liste der Mächte aufzustellen, an die Einladungen nach Genua geschickt werden sollen. Man weiß bereits, daß die Vereinigten Staaten auch geladen werden sollen, obgleich es sich um eine Konferenz europäischer Nationen handelt. Es handelt sich auch darum, zu wissen, ob die russischen Nachfolgestaaten, wie Georgien und Ukraine, zur Entsendung von Delegierten eingeladen werden sollen oder nicht. Der Oberste Rat hat inzwischen schon der Bildung eines internationalen Syndikats und nationaler Syndikats zugestimmt, die diesem angegliedert werden sollen und die den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas unterstützen, sowie die Zusammenarbeit aller Nationen bei der Wiederherstellung eines normalen Wohlstandes sichern sollen. Der Organisationsausschuß setzt sich aus zwei englischen, zwei französischen, je einem italienischen, belgischen und spanischen Vertreter zusammen und hat Vollmacht, Vertreter anderer Länder heranzuziehen. Nach ist die Antwort auf die Einladung Englands zu der geplanten Konferenz schon eingetroffen. Italienscherin hat dem Obersten Rate einen Zuspruch zugesagt, indem er erklärt, die Wahl von Genua als Ort der Wirtschaftskonferenz bringe Schwierigkeiten mit sich. Er verlange von der Konferenz, daß sie an Stelle von Genua London bestimme. Diese Mitteilung wird in alliierten Kreisen für ziemlich unangebracht gehalten und soll unbeantwortet bleiben.

Über die Konferenz in Cannes sind uns noch folgende Meldungen zugegangen:

Cannes, 11. Januar. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Cannes meldet: Der Oberste Rat nahm gestern vormittag den vom Sonderausschuß für die internationale Wirtschaftskonferenz hergestellte Entwurf zur Kenntnis. Die Einladungen werden vom Ministerpräsidenten Bonomi ausgehen und an die interessierten Staaten in 2 oder 3 Tagen abgeschickt werden. Georgien wird nicht eingeladen werden. Morgen wird der Oberste Rat endgültig das Programm dieser Konferenz anzunehmen haben. Wie bereits gemeldet, handelt es sich in erster Linie um die Genehmigung der in der Resolution vom 6. d. M. aufgeführten Bedingungen. Ferner stehen folgende Fragen auf der Tagesordnung: Währungen, Wechselkurse, Zentralbanken, Emisjonsbanken, Staatsausgaben

im Zusammenhang mit Handelsstransaktionen, Hindernisse für den Handel, Zollstrafen, Transportwesen, technische Hilfe beim Wiederaufbau, Vergebung über Wechsel- und Scheckverkehr.

London, 11. Januar. Das Reutersche Bureau erzählt, daß die Wirtschaftskonferenz der fünf Großmächte, die anfangs März, wie man erwartet, stattfinden wird, wahrscheinlich in London abgehalten wird. Bezüglich der italienischen Einladung nach Genua soll nach dem endgültigen Beschluß gefaßt worden sein. Man erwartet zuversichtlich, daß Deutschland die Einladung der Verbündeten annehmen wird. Die Einladung an England bedeute Reuter zufolge de facto, nicht de jure die Anerkennung der Sowjetregierung durch den Obersten Rat.

London, 11. Januar. Wittermeldungen zufolge hat sich das britische Kabinett gestern mit den von Lloyd George mitgeteilten Einzelheiten des geplanten englisch-französischen Vertrages befaßt. Nach der Sitzung des Kabinetts wurde Lloyd George die Antwort übermittelt, welche die Ansicht der hier befindlichen Mitglieder des Kabinetts über den Vertrag enthält.

London, 11. Januar. Einer Meldung aus Cannes zufolge erklärte Lloyd George in einer Unterredung, ein englisch-französisches Bündnis komme nicht in Frage, da es einen unfreundlichen Akt gegenüber Italien bedeuten würde.

London, 11. Januar. Reuter meldet aus Cannes, es werde dort von manchen Seiten der Ansicht Ausdruck gegeben, die Erklärung der französischen Delegation, sie sei nicht in der Lage, dem Reparationsplan ihre Zustimmung zu geben, sei nur ein Versuch, Zeit zu gewinnen, da es als klar angesehen werde, daß Briand und Loucheur es nicht nötig hätten, irgendetwas nach Paris zu verschicken.

Cannes, 11. Januar. Nach Schluß der Vormittagssitzung des Obersten Rates gab Briand den französischen Pressevertretern eine Erklärung ab, wobei er u. a. sagte: Was die Besorgnisse wegen seiner Beziehungen mit Lloyd George über den Garantievertrag angeht, daß nämlich Frankreich dieses Ziel mit Jugoslawien bezüglich seiner nationalen Verteidigung und der Föderation, die es nach dem Versailler Vertrage am Rhein beziehe, werde bezagen müssen, so könne er nur bemerken, daß bei seinen Beziehungen mit Lloyd George niemals davon die Rede war. Italien wisse sehr gut, daß Frankreich bereit sei, alle Abkommen zu schließen, die geeignet seien, die Bande zwischen den beiden Ländern enger zu knüpfen. Die Besorgnisse einiger Engländer wegen der Unterseeboote würden, falls das Abkommen zustande käme, zerstreut werden. Wenn Frankreich und England Hand in Hand gingen, würden ihre beiderseitigen Admiralitäten in gemeinschaftlicher Abereinbarung sich über die Verwendung ihrer beiderseitigen Seestreitkräfte einigen können. Briand fügte hinzu, es sei verabredet worden, daß alle zwischen Frankreich und Großbritannien schwebenden Fragen zur Sprache gebracht würden, um ihnen womöglich eine befriedigende Lösung zu geben. Er hoffe, daß man zu einer grundsätzlichen Einigung gelangen werde. Ob das jetzt oder später der Fall sein werde, könne er noch nicht sagen.

### Rein litauisch-polnisches Abkommen über Ostpreußen.

Berlin, 11. Januar. Die litauische Gesandtschaft erklärt, daß die Nachricht, wonach Litauen mit Polen ein Geheimabkommen über Ostpreußen getroffen habe, jeder Grundlage entbehre.

### Titas Reise nach der Schweiz.

Bern, 11. Januar. Die frühere Kaiserin Jita wird voraussichtlich am Donnerstag über Basel in die Schweiz einreisen. Der Regierungsrat von Zürich hat Maßnahmen zu ihrer Überwachung getroffen. Sie wird im Spital, worin sich ihr Sohn befindet, wohnen und unter ständiger polizeilicher Bewachung stehen.

### Die Neuwahl des irischen Präsidenten.

London, 11. Januar. Nach der mit 60 gegen 58 Stimmen abgelaufenen Wiederwahl de Valera zum irischen Präsidenten ist die Wahl die Unterzeichnung des englisch-irischen Vertrages, offiziell zum Präsidenten ziemlich sicher. Die Anordnungen für schleunige Räumung des irischen Gebietes durch die britischen Truppen und die formelle Übergabe des Gebietes sind bereits getroffen. Nach seiner Wahl zum Präsidenten wird Griffith zunächst eine provisorische Regierung bilden und dann das Parlament einberufen.

Dublin, 11. Januar. In der heutigen Sitzung des Dail Eirean wurde Griffith zum Präsidenten des Dail Eirean mit allen gegen eine Stimme gewählt.

### Neues französisches Heftblatt.

Paris, 11. Januar. Das neue Organ Clemenceaus und Tardieus, „L'Echo National“ ist heute erschienen. Im Geleitwort sagt das Blatt: Frankreich sei seit zwei Jahren in den Händen einer Regierung der Abdankung. Die Aufgabe des Blattes sei es, in Frankreich den Sinn für den Sieg zu wecken und ihn gegen die zu unterstützen, die ihn verbunkeln wollten. Tardieu schreibt im Leitwort: Briand weiche in Cannes zurück. Denn wieder werde durch das, was er abmache, der Vertrag von Versailles gegen die Interessen Frankreichs revidiert, anstatt ausgeführt.

### Graf Sforza italienischer Botschafter in Paris?

(Eigene Meldung.)

Rom, 11. Januar. Von gutunterrichteter Seite wird erklärt, daß der derzeitige italienische Botschafter in Paris Graf Bonin Longate demnächst durch den früheren italienischen Außenminister Grafen Sforza abgelöst werde. Graf Sforza, der als Außenminister bekanntlich eine sehr konservative Politik getrieben hat, war schon seit längerer Zeit als Kandidat für diesen Posten genannt worden. Der Wechsel wird daher als ein bedeutsames Anzeichen für eine erneute stärkere Annäherung zwischen den beiden Nationen angesehen.

### Französisch-polnische Zusammenarbeit.

(Eigene Meldung.)

Warschau, 11. Januar. Die in Polen durch den Gang der Verhandlungen in Cannes eingetretene Befürchtung, daß es bei dem Wiederaufbau Polens ausgeschlossen oder doch zu einer untergeordneten Rolle verurteilt werden könnte, machte sich in den letzten Tagen durch die Bemühungen, mit Rußland zu einem Handelsabkommen zu gelangen, besonders deutlich bemerkbar. In den beteiligten Kreisen hat die Erklärung des französischen Gesandten gegenüber dem Außenminister Etienneum beruhigend gewirkt. Die Erklärung lautet: „Ich bin ermächtigt, der polnischen Regierung mitzuteilen, daß, wenn das Projekt betreffend den Wiederaufbau Polens sich verwirklicht, Frankreich die Beteiligung Polens daran für notwendig halten wird, indem es insbesondere auf seine enge Mitarbeit auf diesem Gebiete rechnet.“

### Zusammentritt des polnischen Parlaments.

Warschau, 11. Januar. Das polnische Parlament ist wieder zusammengetreten. Als wichtigster Beratungspunkt steht die erste Lesung des Militärdienstpflichtgesetzes auf der Tagesordnung. Der Finanzminister Wisniewski wird dem Sejm zunächst ein Budgetprovisorium für das erste Vierteljahr 1922 unterbreiten und erst Ende Januar den Haushaltsplan für das ganze Jahr.

### Die Wahlen im Wilnaer Gebiet.

Warschau, 11. Januar. Die Wahlen im Wilnaer Gebiet haben die erwartete geringe Wahlbeteiligung von etwa 60 Proz. gebracht. Das Gesamtergebn ist zwar noch nicht bekannt, doch ist bei den Massenmimenthaltungen der antipolnisch gesinnten Bevölkerung an einer polnischen Mehrheit nicht zu zweifeln. Von den 19 Mandaten der Stadt Wilna entfallen auf die Polen 14, wozu noch zwei polnische Sozialisten kommen, auf die übrigen Nationalitäten nur zwei. Für die nächsten Tage wird eine Abordnung des Wilnaer Parlaments in Warschau erwartet, welche die näheren Vereinbarungen für den engeren Zusammenschluß des Wilnaer Gebietes mit Polen treffen soll.

### Der russische Außenhandel.

(Eigene Meldung.)

Moskau, 11. Januar. Durch einen Entscheid der Obersten russischen Wirtschaftskommission wird das staatliche Außenhandelsmonopol aufrecht erhalten und die Vollmachten der auswärtigen Handelsdelegationen werden erweitert. Genossenschaften und staatliche Produktionsgemeinschaften werden weiter mit Vorrang behandelt.

### Einführung der Wehrpflicht in Rußland.

Berlin, 11. Januar. Nach russischen Blättern veröffentlichte die russische Regierung ein Dekret über die Einführung der zweijährigen Wehrpflicht in Rußland, die mit dem 18. Lebensjahr beginnt.

### Um Nordepirus.

Athen, 11. Januar. Eine Untersuchungskommission des Völkerbundes ist in Florina eingetroffen, um die Vertreter der Bewohner von Nordepirus anzuhören, die ihre eine Denkschrift über die Griechenberufungen in Albanien übergeben und den Wunsch ausgesprochen haben, daß Nordepirus mit Griechenland vereinigt werde.

### Die Spanier in Marokko.

Madriz, 11. Januar. Spanische Truppen haben eine neue Stellung in der Zone von Tetuan erobert. General Ripura ist als Nachfolger Weplers zum Chef des Generalstabes ernannt worden. Die Mehrzahl der Zeitungen setzt ihre Angriffe gegen den Kriegsminister Lacerda fort.

### Mehmed Rukdar Pascha in London.

Konstantinopel, 11. Januar. General Mehmed Rukdar Pascha, der ehemalige türkische Botschafter in Berlin, wird in wichtiger Mission nach London abreisen.

### Unterseeboote für die Kemalisten.

Athen, 11. Januar. Wie die Zeitung „Empros“ aus Konstantinopel meldet, hat die Sowjetregierung der Ukraine den Kemalisten vier Unterseeboote verkauft, die ihnen unverzüglich in Tripoli ausgeliefert werden sollen.

### Todesurteile in Angora.

Athen, 10. Januar. Wie aus Angora gemeldet wird, hat die dortige Regierung 25 Offiziere, die Parteigänger Enver-Paschas waren, zum Tode verurteilt.



In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

- a) auf dem Blatte der Aktiengesellschaft Aktien-Werksbau in Plauen, Nr. 410: Reinhard Stein- hauer, Rudolf Zschweigert und Friedrich Robert Thierich sind nicht mehr Vorstandsmitglieder; die Kaufleute William Hef, Walter Lange und Rein- hold Schubert, sämtlich in Plauen, sind Mitglieder des Vorstandes;
b) auf dem Blatte der Firma R. W. Böhre in Plauen, Nr. 727: Den Kaufleuten Rudolf Kurt Wäner und Arthur Richard Hopp, beide in Plauen, ist Gesellschaft erteilt;
c) auf dem Blatte der Firma Georg Schneider in Plauen, Nr. 2978: Der Marie Zucke verehel. Schneider geb. Friedel und dem Kaufmann Karl Richard Friedel, beide in Plauen, ist Procura erteilt;
d) auf dem Blatte der Firma Knudde & Rein- hardt in Plauen, Nr. 1635: Dem Kaufmann Ernst Hermann Werner Köppler in Plauen ist Procura erteilt;
e) auf dem Blatte der Firma Alfred W. Pirare Nachf. in Plauen, Nr. 1539: Dem Kaufmann Albin Willy Kammig in Plauen ist Procura erteilt;
f) auf dem Blatte der Firma Paul Richter & Sohn in Plauen, Nr. 3768: Dem Kaufmann Richard Arthur Richter in Plauen ist Procura erteilt;
g) auf dem Blatte der Firma J. A. Bauer- feind & Sohn in Plauen, Nr. 3810: Die Gesell- schaft ist aufgelöst; Walter Otto Bauerfeind ist ausgeschieden; der Kaufmann Ferdinand Albin Bauerfeind in Plauen führt das Handelsgeschäft unter der bisherigen Firma allein fort;
h) auf dem Blatte der Firma Ernst Hättel & Sohn in Plauen, Nr. 3448: Die Gesellschaft ist aufgelöst; Ernst Eduard Hättel und Kurt Walter Hättel sind ausgeschieden; der Fabrikbesitzer Ernst August Hättel in Plauen führt das Handelsgeschäft unter der bisherigen Firma allein fort;
i) auf Blatt 3937 die Firma Arno Cortes in Plauen und weiter, daß der Kaufmann Kurt Arno Cortes daselbst Inhaber und der Helene Cortes verehel. Cortes geb. Bernhardt in Plauen Procura erteilt ist;
k) auf Blatt 3938 die Firma Arno Tuschfcher in Plauen und als Inhaber der Fabrikbesitzer Friedrich Arno Tuschfcher daselbst;
l) auf Blatt 3939 die Firma „Sogländische Webstuhl- und Aktiengesellschaft“ mit dem Sitze in Plauen i. B. und weiter folgendes: Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Betrieb von Webstühlen und ähnlichen Maschinen sowie die Beteiligung an ähnlichen Unternehmungen bez. deren Erwerb; das Grundkapital beträgt vier Millionen einhundertfünfzigtausend Mark, bestehend in vierhundert auf den Inhaber lautende Stamm- aktien und einhundertfünfzig auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien von je einhundert Mark; der Gesellschaftsvertrag ist am 1. Dezember 1921 festgesetzt; zu Vorstandsmitgliedern sind die Kauf- leute Carl Ludwig Friedrich Triebel in Chemnitz und Walter Hellrich in Plauen i. B. bestellt; besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft rechtsverbindlich durch zwei Direktoren gemeinschaftlich oder durch einen Direktor in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ferner wird noch folgendes be- zugsnehmend: Der Vorstand besteht aus einem oder mehreren vom Verwaltungsrate zu notariellem Protokoll zu wählenden Direktoren, ebenso erfolgt der Widerspruch der Bestellung durch den Verwaltungsrat; die Berufung der Generalversamm- lung erfolgt durch den Vorstand, den Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat durch einmalige Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger und Sogländischen Anzeiger und Tageblatt; die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Reichsanzeiger und den Sogländischen Anzeiger und Tageblatt; jede Vorzugsaktie hat fünfzehn Stimmen; der Vorzug der Vorzugsaktien besteht darin, daß bei der Auf- lösung der Gesellschaft erst nach ihrer Reduzung zum Nennwerte auf die Stammaktien etwas einfließt; sind Zahlungen bis zur Höhe des Nominalbetrags auf beide Aktienklassen geleistet, so wird der Rest gleichmäßig auf alle Aktien verteilt; die Vor- zugsaktien verlieren ihre Sonderstellung gegenüber den Stammaktien, sobald der Vorstand und der

Verwaltungsrat der Gesellschaft bei dem Handels- register des Amtsgerichts Plauen notariell beur- kundet folgende Erklärung einträgt: „Die durch Beschluß der Gründer vom 1. Dezember 1921 ge- schaffenen Vorzugsaktien haben fortan keinerlei Vorrang vor den Stammaktien“; die Gründer sind die Herren Vermögensbesitzer Ernst Julius Jovan und Josef Winkel in Plauen i. B., Carl Werner Wänter, Webereibesitzer in Oelsa, Ferdinand Arthur Lehmann, Rechtsanwalt und Dr. jur., und Ernst Georg Eugen Schulze, Bankdirektor, beide in Plauen i. B.; sie haben die sämtlichen Aktien und zwar zum Nennwerte übernommen; den ersten Aufsichtsrat bilden die obgenannten Herren Jovan, Winkel, Wänter, Lehmann und Schulze. Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schriftsätzen, insbesondere von dem Prüfungsberichte des Vorstandes, des Aufsichtsrats und der Revisoren kann an Gerichtsstelle, vom Prüfungsberichte der Revisoren auch bei der hiesigen Handelskammer Einsicht genommen werden.

Angegebener Geschäftszweig und Geschäftssitz: a: Fabrikation von Stapelwolle und Betrieb von Baumwollspinnereien, Webereien, 39; zu k: Aus- führung von Webmaschinen, Nähmaschinen. 44. 8809 Amtsgericht Plauen, den 10. Januar 1922.

Auf Blatt 48 des hiesigen Handelsregisters, die Firma G. G. Srochmann Gesellschaft mit beschränk- ter Haftung in Gröbzdorf, ist heute ein- getragen worden: Die Procura des Buchhalters Otto Oskar Ripke ist erloschen. 8810 Amtsgericht Plauen, am 3. Januar 1922.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 114, die Firma Sächsische Glasfabrik in Radeberg, ein- getragen worden:

Die außerordentliche Generalversammlung vom 20. Dezember 1921 hat die Erhöhung des Grund- kapital um drei Millionen auf sechs Millionen (ein- hunderttausend Mark) beschlossen. Die Erhöhung ist durch Zeichnung von dreitausend auf den Inhaber lautende Stammaktien über je einhundert Mark erfolgt. 8811

Durch Beschluß der Generalversammlung vom gleichen Tage ist die Bestimmung des Gesellschafts- vertrags über die Höhe des Grundkapitals in § 4 entsprechend abgeändert worden.

Weiter ist bekanntzugeben, daß der Mindest- betrag, zu dem die neuen Aktien ausgegeben werden, auf 192 1/2 % festgesetzt worden ist. Das Amtsgericht Radeberg, 10. Januar 1922.

Auf Blatt 368 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden: Metallindustrie Ober- erzgebirge Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Berlin, Zweigniederlassung in Gröbzdorf.

Der Gesellschaftsvertrag ist am 21. Mai 1904 abgeschlossen und am 17. Juni 1904 festgesetzt worden. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Ver- schäfte der Geschäftsführer vom 17. Juni 1904, 19. März 1906, 3. Juli 1907, 8. April 1908, 12. Juni 1908, 9. September 1921 und 27. Sep- tember 1921 geändert worden. Beglaub. Ak- tenstücken Bl. 6 ff. d. A.

Gegenstand des Unternehmens ist die Her- stellung und der Betrieb von Installationsmaterial aller Art, namentlich in Gröbzdorf und anderen Orten des Obererzgebirges. Das Stammkapital beträgt 1 000 000 Mark. Es sind bestellt: a) Fabrikdirektor August Jzang in Berlin zum ordentlichen Geschäftsführer, b) Kauf- mann Wilhelm Noebel in Berlin zum stell- vertretenden Geschäftsführer. Procura ist erteilt: a) dem Kaufmann Paul Gajak in Berlin, b) dem Ingenieur Rudolf Klauß in Gröbzdorf, und zwar einem jeden mit der Befugnis, die Gesell- schaft in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer zu vertreten. Öffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft er- folgen durch einmalige Eintragung im Deutschen Reichsanzeiger. 8812 Amtsgericht Gröbzdorf, 2. Januar 1922.

Auf Blatt 86 des Handelsregisters, die Firma Chemische Fabrik Tauscha, Gesellschaft mit be- schränkter Haftung, ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 15. November 1921 anderweitig geändert worden. Amtsgericht Tauscha, 9. Januar 1922. [8813

Im hiesigen Handelsregister ist eingetragen worden:

- 1. am 4. Januar 1922 auf Blatt 305, betr. die Firma W. Volk & Co. in Treuen, daß die alleinige Geschäftsinhaberin den Namen Wilhelmine ver- ehelichte Schulz geb. Volk führt;
2. am 6. Januar 1922 auf Blatt 202 das Er- löschen der Firma H. Hergert in Treuen;
3. am 6. Januar 1922 auf Blatt 111, betr. die Firma Theodor Dummer Nachf., Fritz Stolze in Dorslaggrün: Der bisherige Inhaber, Kaufmann Fritz Hermann Stolze in Dorslaggrün ist ausgeschieden. Inhaber ist der Fabrikbesitzer Franz Bruno Langner in Orna (Sachsen). Amtsgericht Treuen. [8806

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

I. auf Blatt 352, betr. die Firma Gebrüder Schramm in Burgen: Der Gesellschaftsleiter Friedrich Wilhelm Max Schramm ist ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Handelsgeschäft wird unter der bisherigen Firma von dem bisherigen Gesellschaftsleiter Georg August Schramm fortgeführt;

II. auf Blatt 417: die Firma Adolf Busse Seniorentalgerichte, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Burgen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 28. Dezember 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte, ins- besondere der Fortbetrieb der in Burgen unter der Firma Adolf Busse Seniorentalgerichte betrie- benen Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte. Zur Erreichung dieses Zwecks ist die Ge- sellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unter- nehmungen zu erwerben, sich an solchen zu be- teiligen oder deren Vertretung zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt dreihunderttausend Mark. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Fabrik- besitzer Christoph Adolf Busse in Burgen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch wenigstens zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Pro- kuristen vertreten. Weiter wird noch bekannt- gegeben: Der Gesellschaftsleiter, Fabrikbesitzer Christoph Adolf Busse in Burgen bringt als seine Einlage das von ihm unter der Firma Adolf Busse Seniorentalgerichte in Burgen betriebene Fabrik- geschäft mit allen Aktiven und Passiven nach dem Stande vom 31. Dezember 1920 jedoch ohne die Grundstücke und Betriebsmaschinen beizubringen in die Gesellschaft ein, daß das Geschäft vom 1. Januar 1921 ab als auf ihre Rechnung geführt angesehen wird. Zu einzelnen werden eingebracht und von der Gesell- schaft übernommen:

Table with 2 columns: Item, Value. Includes: Betriebinventar im Werte von 5 000 M., Rente 8 500 M., Werkzeuge 20 000 M., Außenstände 215 214 M. 63 Pf., Warenvorräte 921 661 M. 05 Pf., Guthaben beim Postfachamt in Höhe von 14 938 M. 29 Pf., Guthaben bei der Girokassa in Höhe von 98 M. 38 Pf., Bankguthaben in Höhe von 1 186 M. 90 Pf., Kassenbestand 744 M. 99 Pf.

Der Gesamtwert dieser Einlage wird nach Abzug der Passiven auf 230 000 M. festgesetzt. Die Ge- sellschaftlerin Anna Selma verehel. Busse geb. Winkler in Burgen bringt ihre ihr an die Fabrik Adolf Busse Seniorentalgerichte zugehörige Dar- lehensforderung im Betrage von 70 000 M. ein, in- dem sie hiermit über den Empfang dieser Forderung quittiert. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichs- anzeiger. Angegebenes Geschäftssitz: Burgen, Marienstraße 3.

III. auf Blatt 418: die Firma Landmaschinen- halle Busse, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Burgen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 28. De- zember 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und Reparaturen landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte. In diesem Zweck ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen oder deren Vertretung zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt zwei- hunderttausend Mark. Zum Geschäftsführer ist be- stellt der Fabrikbesitzer Christoph Adolf Busse

Busse in Burgen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft wenigstens durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäfts- führer und einen Prokuristen vertreten. Angegebenes Geschäftssitz: Burgen, Dresdener Straße 57. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft er- folgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. [8814 Amtsgericht Burgen, den 5. Januar 1922.

Auf Blatt 169 des Handelsregisters, die Firma Eisenhammer Thälheim i. Erzgeb. Köppler & Rudolph in Thälheim, ist heute eingetragen worden: Die Firma lautet künftig: Köppler & Rudolph, Amtsgericht Zwönitz, 9. Januar 1922. [8815

Auf Blatt 321 des Handelsregisters ist heute die Firma Aktiengesellschaft Eisenhammer in Thälheim i. Erzgeb. und weiter eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. Februar 1921 abgeschlossen und am 27. Juni 1921 sowie am 15. Dezember 1921 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation von Maschinen, insbesondere von Buchdruckstres- sen, sowie der Betrieb aller hiermit in Verbindung stehender Geschäftszweige und ähnlicher Unter- nehmungen. Das Grundkapital beträgt dreihundert- fünfzigtausend Mark und ist eingeteilt in dreihun- dertfünfzig auf den Inhaber lautende Aktien zu je einhundert Mark. Zum Vorstand ist bestellt der Fabrikbesitzer Emil Wally Köppler in Thälheim i. Erzgeb. Die Gesellschaft wird rechtsverbindlich vertreten: a) wenn der Vorstand aus einer Person besteht, durch diese, b) wenn der Vorstand aus mehreren Mitgliedern besteht, durch zwei Vor- standsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen, c) gleichviel wieviel Vorstandsmitglieder vorhanden sind, durch zwei Prokuristen.

Weiter wird noch bekanntgegeben: Der Vor- stand besteht aus einer oder mehreren Personen, welche vom Aufsichtsrat bestellt und entlassen wer- den. Für Vertretungsfälle können dem Auf- sichtsrat Stellvertreter der Vorstandsmitglieder ernannt werden. Die von der Gesellschaft ausgehen- den Bekanntmachungen gelten als rechtsverbindlich erlassen, wenn sie einmal, soweit nicht öftere Be- kenntmachungen durch das Gesetz vorgeschrieben sind, im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht sind. Der Aufsichtsrat kann die Bekanntmachung in anderen Blättern anordnen, ohne daß jedoch von der Veröffentlichung in diesen Blättern die Rechtmäßigkeit der Bekanntmachung abhängt. Die Generalversammlung wird vom Aufsichtsrat durch einmalige Bekanntmachung, welche mindestens 17 Tage vor dem anberaumten Termine zu er- folgen hat, einberufen. Die Aktien sind zum Nennwerte ausgegeben worden. Gründer sind: a) offene Handelsgesellschaft Eisenhammer Thäl- heim i. Erzgeb., Köppler & Rudolph in Thälheim, b) Firma Emil C. Köppler in Berlin, c) Kaufmann Georg Carl Gustav König in Halle, d) Architekt Bruno Max Friedrich in Dresden-Blasewitz, e) offene Handelsgesellschaft Wilhelm Köhner in Schönaa u. Chemnitz, f) Fabrikbesitzer Richard Hofmann in Thälheim, g) offene Handelsgesellschaft Lehnhardt & Co. in Buchholz, h) Kaufmann Paul Dietrich in Chemnitz, i) Architekt Carl Schmidt in Jena, k) Bankier Bruno Köppler in Thälheim. Sie haben sämtliche Aktien übernommen. Die Firma Eisen- hammer Thälheim i. Erzgeb., Köppler & Rudolph hat in die Aktiengesellschaft Maschinen im Werte von 57 000 M. eingebracht und dafür 87 Aktien erhalten. Die übrigen Aktien sind bar und voll eingezahlt worden. Mitglieder des ersten Auf- sichtsrats sind: a) Fabrikbesitzer Paul Richard Rudolph in Thälheim, b) Kaufmann Georg Carl Gustav König in Halle, c) Architekt Bruno Max Friedrich in Dresden-Blasewitz, d) Architekt Carl Schmidt in Jena, e) Kaufmann Edmund Georg Trögenmüller in Berlin.

Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftsätzen, insbesondere von dem Prüfungsberichte des Vorstandes, des Aufsichtsrats und der Revisoren, kann bei dem unter- zeichneten Gerichte, von dem Prüfungsberichte der Revisoren auch bei der Handelskammer Chemnitz Einsicht genommen werden. 8816 Amtsgericht Zwönitz, den 9. Januar 1922.

Parteiabewegung.

Parteitag der USP in Leipzig.

Zu Beginn der gestrigen Verhandlungen er- zählte der Führer der Deutschen Metallarbeiter, Dignmann, das Wort, um die Annahme des an das Proletariat gerichteten Manifestes der USP zu empfehlen, das in der Hauptsache die Ge- danken wiedergibt, die von den Hauptrednern bisher zum Ausdruck gebracht wurden. Dann pläbierte der Redner sehr lebhaft für ein Zu- sammenarbeiten mit den freien Gewerkschaften, die über 8 Millionen Mitglieder zählen. Diese, so führte der Redner aus, müssen wir auf den gleichen Kampfplatz bringen, auf dem die USP kämpfe. „Wir sind fast des Spieles, das die Reichssozialisten bisher mit den bürger- lichen Parteien gespielt haben, wir wollen selb- ständig unsere Wege gehen.“ Nürnberg, Augsburg, und Gumbach, Paris, wiesjen darauf hin, daß Bayern gegenwärtig der Ort der Reaktion sei, einer Reaktion, die nicht nur die deutsche Re- publik, sondern die freireichliche Entwicklung ganz Europas bedrohe. Bayern wies heute die Fide- litätskontrolle, die vor dem Kriege Preußen gespielt habe; es sei kein Geheimnis mehr, daß die re- aktionären Bestrebungen, die in Bayern offen zu- tage treten, von der französischen Reaktion auf das intensivste unterstützt würden, ebenso die Zerstörungs- und Bestrafungs-Tendenzen. Hülferding, Berlin, begründete es, daß die deutschen Gewerkschaften eine Haltung eingenommen hätten, welche die Gewähr ließe, daß die deutsche Arbeiterkraft mit aller Macht gegen den Militarismus arbeiten werde. Die Entlassung Deutschlands sei die einzige Garantie für die Sicherheit Frankreichs und Europas. Die Einig- keit des gesamten deutschen Proletariats müsse erwartet werden von der gesamten ökonomischen und politischen Entwicklung. Sie könne nur hergestellt werden durch den Kampf um das gemeinsame Ziel. Der Kampf dürfe aber nicht ausarten zu gegenseitigen Konkurrenzmandern, sondern müsse im Geiste der Solidarität geführt werden. Die Einigung könne aber nicht dadurch erfolgen, daß man von der USP. verlange, daß

sie ihre Grundzüge und ihre innerste Bestimmung opfere. Den gleichen Gedanken gab Dr. Kurt Rosenfeld Berlin Ausdruck, der an die Spitze seiner Ausführungen den Satz stellte: „Wir wünschen die Einigung, ja wir sehnen sie herbei.“ Dr. med. Wolter, Berlin, Mitglied des Zentralvorstandes, führte aus, wie es eine Klassen- kämpf in Deutschland gebe, so gebe es jetzt auch eine Klassenmehlgang. Die großen Verdreher gerbe man frei, weil sie erholungsbedürftig seien, die Angehörigen der unterdrückten Klassen schlepp man jahrelang durch Krankens- und Irrenhäuser. Die übrigen Redner, die noch vor der Mittagspause sprachen, forderten neue charakteristische Momente nicht zutage, sie brachten mehr regionale Wünsche zum Aus- druck und traten in keiner Weise in Wider- spruch mit den von der Parteileitung aus- gegebenen Richtlinien. Aus allen Reden klang der Wunsch: Proletariat, vereinigt euch! In der Nachmittagsansprache machte sich die einzige Stimme der Opposition bemerkbar. Weis- Varnen sprach von einer großen Enttäuschung, die der Parteitag dadurch gebracht habe, daß er nicht insbände gewesen sei, ein fertiges Pro- gramm vorzulegen. Die Führer der Parteien hätten hier versagt. Das Manifest, das den Delegierten heute zur Annahme vorgelegt wer- den soll, sei ein völlig unzureichendes Surrogat. Aus dem Manifest, das sich in zwei Drittel seiner Ausführungen als ein Erzeugnis aus den inhaltlich bereits mitgeteilten großen Referaten von Pattmann, Ledebour und Henke, sowie der Eröffnungsrede von Erlipien erweist und dessen Wiedergabe in extenso sich deshalb erübrigt, seien noch die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Kampfsätze hervorgehoben, für die in der Haupt- sache auch die freien Gewerkschaften und der Fabrikanten eintreten:

- 1. Fortführung der sozialen Gesetzgebung. 2. Bekämpfung jeder Verlängerung der Arbeits- zeit. 3. Abkündigung jeder Beschränkung der Kon- sultationsfreiheit und des Streikrechts. 4. Erweite- rung der Rechte der Betriebsräte. 5. Beweise- lung des Grundgesetzes, daß der Staat die Pflicht zur Erhaltung bedürftiger, arbeitsunfähiger

oder arbeitsloser Mitglieder der Gesell- schaft hat. 6. Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes. Weiter heißt es: Die USP. lehnt jede weitere finanzielle Belastung der arbeitenden Klassen ab und bekämpft auf das entscheidendste neue indirekte und Ver- brauchssteuern. Sie fordert die Heranziehung des Besitzes, insbesondere die Erfassung der Sachwerte. Wir fordern weiter: Unverzügliche Einziehung aller unabhängigen Einkommen- und Vermögenssteuern der bestehenden Klasse für die Jahre 1919, 1920 und 1921! Erhebung der letzten zwei Drittel des Reichsnotopfers, schärfste Besteuerung der Spekulationsgewinne, insbeu- dere der Gratifikationen und Bezugsrechte, Er- höhung der Ausfuhrabgaben zur Erfassung der Salutzugewinne, verstärkte Erfassung der Aus- landsbewerben durch wirksame Kontrolle der Ausfuhr- handelsstellen. Die USP. erhebt von neuem mit allem Nachdruck die Forderung nach Sozia- lisierung der Schlüsselindustrie, insbesondere des Kohlenbergbaues. — Der Parteitag betonte mit allem Nachdruck, daß diese Forderungen zur Grundlage des gemeinsamen proletarischen Kampfes sämtlicher gewerkschaftlicher und poli- tischer Organisationen der deutschen Arbeiter- klasse gemacht werden müssen. Dieser Kampf muß von verheißungsvollen Ausgangspunkt der einheitlichen Kampffront werden, die sich im gemeinsamen Ringen bildet und zur dauernden Einigung des Proletariats führt. Der Endzweck des Sozialismus kann nur international errungen werden. Der Parteitag der USP. heißt daher die im Februar 1921 auf der Gründungs- konferenz der Internationalen Arbeitsgemeinschaft in Wien gefassten Beschlüsse gut und beschließt: Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands bezieht den Anschluß an die In- ternationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien und verpflichtet sich, für die gefassten Beschlüsse mit aller Kraft einzutreten.

Kohlebewegung.

Berlin, 11. Januar. Nach dem „Vorwärts“ hat die Sozialdemokratische Partei Köln

gestern an die Reichsregierung folgendes Telegramm geschickt: Die Differenz über die Auffassung der Abmachungen zwischen Reichs- regierung und Eisenbahnenorganisationen betrifft die Besatzungszulagen droht zu neuen Verwicklungen zu führen. Wenn das ein- tritt, steht das Reichland vor außerordentlichen politischen Konsequenzen. Wir bitten drin- gend um beschleunigte Erledigung. — Die Partei- leitung wurde in einem weiteren Telegramm ersucht, in vorstehendem Sinne auf die Reichs- regierung einzuwirken.

Sächsische Holzverfeinerungsergebnisse.

Table with 5 columns: Amtskreis, Maßzahl, Holzart, Preis je Fm in Mark, Preis je Fm in Pf. Includes rows for Rodlitz Hofbau, Großhain Weisig, and Oligab Subertins- burg.

Um Mitteilung von Verfeinerungsergebnissen ersucht die Geschäftsstelle des Landesverbandes Sächs. Waldbesitzer, Dresden-K., Strieflerstr. 10.

Bom Landtage.

Dresden, 11. Januar. Die nächste Sitzung des Landtages findet am Donnerstag, den 19. d. M., nachmittags 1 Uhr statt.

Ortliche Angelegenheiten.

Dresden, 11. Januar. Zum ersten Male seit Kriegsbeginn hatten sich am vergangenen Montag in den Räumen der Dresdner Handelskammer auf eine Einladung des Vorsitzenden, Geh. Kommerzienrat Marwig, die repräsentativen Vertreter von Handel und Industrie im Dresdner Bezirk, der sächsischen und sächsischen Behörden, sowie der der Kammer nahe stehenden Korporationen versammelt.

Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung und der Krankheitsversicherung erhalten auf Antrag Unterstützung in der Höhe, daß das Gesamteinkommen eines Empfängers einer Invaliden- oder Krankenteile 3000 M., einer Witwen- oder Witwerrente 2100 M. und einer Waisenrente 1200 M. beträgt.

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Bezirk Dresden, hielt dieser Tage eine Vollsitzung ab. Ein gut Teil Arbeit des Berichtsjahres galt der Bildung einer Verbraucherkammer für Sachsen, für die nach dem von Oberingenieur Wilmann erstellten Bericht die Vorarbeiten gemeinsam mit den sächsischen Konsumgenossenschaften geleistet und jetzt abgeschlossen wurden.

Der Dresdner Kleinhandlerverband nahm am Dienstagabend im dichtbesetzten Gewerkehause eine Stellung zu dem von der Stadt geplanten 200prozentigen Zuschlag zur Gewerbesteuer. Die Versammlung gestaltete sich zu einer einmütigen Protestkundgebung gegen diese neue steuerliche Belastung.

Die den einzelnen Wertpapieren vorgelegten Ziffern bedeuten die Nennsumme, die nachfolgenden die Prozentziffer oder letzten Dividenden.

Die Herren Stadtverordneten Sonntag, Kühnmann, Stier und Becker beteiligten sich an die fälligen Beschlüsse wandten sich in entschiedener Weise gegen die geplante Steuererhöhung und richteten teilweise scharfe Angriffe gegen die städtische Verwaltung.

Sächsischer Landtag. Die Ablieferung der von der Landwirtschaft garantierten Getreidemengen hat sich bisher außerordentlich günstig gestaltet, jedoch bevorzugen über die Brotverforgung bis zur kommenden Ernte kaum bestehen.

Stollberg. Die Stadtverordneten haben einstimmig Oberregierungsrat Hager zum ersten, Privatmann Hofmann zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

Leipzig. Für die zweite Sitzung des neuen Leipziger Stadtparlaments waren nur die Wahlen für die inneren Ausschüsse vorgesehen.

Leipzig. Infolge des Schneeeises sind die Straßen in Leipzig zum Teil ganz unpassierbar, außerdem sind die Wagen in unregelmäßigen Abständen verkehrt.

Leipzig. Am Montag vermittelte der Lokomotivführer Theodor Höpke aus L. Schönefeld mit den Fahrzeugbereitungen für den Dresdner Schneeeisbesatz.

Leipzig. Am Montag vermittelte der Lokomotivführer Theodor Höpke aus L. Schönefeld mit den Fahrzeugbereitungen für den Dresdner Schneeeisbesatz.

Leipzig. Am Montag vermittelte der Lokomotivführer Theodor Höpke aus L. Schönefeld mit den Fahrzeugbereitungen für den Dresdner Schneeeisbesatz.

Sächsische Angelegenheiten.

Günstiger Stand der Getreidelieferungen.

Die Ablieferung der von der Landwirtschaft garantierten Getreidemengen hat sich bisher außerordentlich günstig gestaltet, jedoch bevorzugen über die Brotverforgung bis zur kommenden Ernte kaum bestehen.

Stollberg.

Die Stadtverordneten haben einstimmig Oberregierungsrat Hager zum ersten, Privatmann Hofmann zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

Leipzig.

Für die zweite Sitzung des neuen Leipziger Stadtparlaments waren nur die Wahlen für die inneren Ausschüsse vorgesehen.

Leipzig.

Am Montag vermittelte der Lokomotivführer Theodor Höpke aus L. Schönefeld mit den Fahrzeugbereitungen für den Dresdner Schneeeisbesatz.

Leipzig.

Am Montag vermittelte der Lokomotivführer Theodor Höpke aus L. Schönefeld mit den Fahrzeugbereitungen für den Dresdner Schneeeisbesatz.

Sächsische Angelegenheiten.

Günstiger Stand der Getreidelieferungen.

Die Ablieferung der von der Landwirtschaft garantierten Getreidemengen hat sich bisher außerordentlich günstig gestaltet, jedoch bevorzugen über die Brotverforgung bis zur kommenden Ernte kaum bestehen.

Stollberg.

Die Stadtverordneten haben einstimmig Oberregierungsrat Hager zum ersten, Privatmann Hofmann zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

Leipzig.

Für die zweite Sitzung des neuen Leipziger Stadtparlaments waren nur die Wahlen für die inneren Ausschüsse vorgesehen.

Leipzig.

Am Montag vermittelte der Lokomotivführer Theodor Höpke aus L. Schönefeld mit den Fahrzeugbereitungen für den Dresdner Schneeeisbesatz.

Leipzig.

Am Montag vermittelte der Lokomotivführer Theodor Höpke aus L. Schönefeld mit den Fahrzeugbereitungen für den Dresdner Schneeeisbesatz.

Dresdner Börse, 10. Januar 1922.

Table with columns for Deutsche Staatspapiere, Serbische Anleihen, Sächsische Anleihen, Transport-Aktien, Bank-Aktien, Papier- u. Holz-Wert-Pkt., Brauerei- u. Malzfabr.-Akt., Bergb., Zinn-, Glas-, etc., Elektr., Sägem., Holz-, etc.

Table with columns for 1/7 \* 200er Reichsbanknote u. 1903 3%, 1/7 \* 200er Reichsbanknote u. 1903 3%, 1/7 \* 200er Reichsbanknote u. 1903 3%, etc.

Table with columns for 1/7 \* 200er Reichsbanknote u. 1903 3%, 1/7 \* 200er Reichsbanknote u. 1903 3%, 1/7 \* 200er Reichsbanknote u. 1903 3%, etc.

Table with columns for 1/7 \* 200er Reichsbanknote u. 1903 3%, 1/7 \* 200er Reichsbanknote u. 1903 3%, 1/7 \* 200er Reichsbanknote u. 1903 3%, etc.

